

2017-04-28

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 19.04.2017

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:37 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der **Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras**, begrüßte die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste, stellte die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit acht anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde ohne Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

- 3 Genehmigung der Niederschriften vom 02.02.2017, 21.02.2017 und 08.03.2017**

Herr Oberbürgermeister Kuras wies eingangs darauf hin, dass es sich bei allen der drei protokollierten Sitzungen um gemeinsame Sitzungen mit dem Ausschuss für Finanzen zum Haushalt handelt.

Im Folgenden wurden die Protokolle einzeln zur Abstimmung aufgerufen:

- Niederschrift vom 02.02.2017:
Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bemängelte, dass er in der Anwesenheitsliste als unentschuldigt eingetragen wurde, obwohl er sich aus Gesundheitsgründen entschuldigt hatte. Er habe Herrn

Weber im Vorfeld als seinen Vertreter benannt und wisse nicht, warum dieser nicht als solches anerkannt wurde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht wurden, stellte **der Oberbürgermeister** die Niederschrift zur Abstimmung:

Die Niederschrift vom 02.02.2017 wurde mit der genannten Änderung genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 06:00:02

2. **Niederschrift vom 21.02.2017:**

Es wurden keine Einwendungen vorgebracht. Somit stellte **der Oberbürgermeister** die Niederschrift zur Abstimmung:

Die Niederschrift vom 21.02.2017 wurde ungeändert genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 07:00:01

3. **Niederschrift vom 08.03.2017:**

Auf Nachfrage **des Oberbürgermeisters** nach Korrekturhinweisen, erklärte **Herr Dr. Melchior**, es handle sich nicht um einen Korrekturhinweis, sondern lediglich um den Hinweis, dass das unter TOP 11.7 Geschriebene zwar korrekt im Protokoll festgestellt wurde, er jedoch unter TOP 7 „Öffentliche Anfragen und Informationen“ noch etwas dazu sagen werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht wurden, stellte **der Oberbürgermeister** die Niederschrift zur Abstimmung:

Die Niederschrift vom 08.03.2017 wurde ungeändert einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die zwei in der Sitzung vom 08.03.2017 jeweils einstimmig gefassten Beschlüsse bekannt:

- **Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2016 der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR)**
Vorlage: BV/047/2017/II-20BTM
- **Grundstücksangelegenheit - Zustimmung zum Verkauf eines Grundstücks in der Chaponstraße**
Zustimmung zur Erteilung einer Belastungsvollmacht
Vorlage: BV/452/2016/IV-80

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

6 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohnerfragen vorgebracht.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Oberbürgermeister Kuras übergab das Wort an **Herrn Eichelberg, SPD-Fraktion**. Dieser äußerte sich zum ehemaligen Jagdschloss Königendorf, welches er vor ein paar Tagen besucht habe und bei dem von einem Jagdschloss gar mehr zu reden sei, da dieses nicht mehr existiere. Das Anwesen sei zu einer Mülldeponie geworden, welche von Kühlschränken über Fernseher bis hin zu Hausmüll alles beherberge. Es sei in verheerendem Zustand, so Herr Eichelberg weiter. **Daher fragte er, inwieweit die Stadt Dessau-Roßlau die Möglichkeit hat, auf das Anwesen Einfluss zu nehmen, zumal es der Stadt nicht gehört.**

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass das Anwesen laut seiner Kenntnis nicht nur nicht der Stadt gehöre, sondern sich auch nicht mehr in dessen Territorium befinde und bereits zum Landkreis Anhalt-Bitterfeld zähle. Er versicherte, die Verwaltung werde dies prüfen und im Falle der Zuständigkeit des Landkreises Anhalt-Bitterfeld einen Hinweis an diesen zu geben. Sollte es zum Hoheitsgebiet der Stadt Dessau-Roßlau gehören, werde die Verwaltung entsprechende Maßnahmen einzuleiten haben, so der Oberbürgermeister weiter. Es sei an dieser entlegenen Stelle im Wald besonders leicht, illegal Müll zu entsorgen, da eine relativ gut asphaltierte Straße bis fast zum Anwesen führe.

Herr Eichelberg richtete eine weitere Anfrage zum neuen Landesprogramm „Sozialer Arbeitsmarkt“ an den Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung, Herrn Krause. Es seien für das Programm insgesamt 29 Mio. Euro veranschlagt worden, somit stehen 15 Mio. im Doppelhaushalt und 14 Mio. Euro als Verpflichtungsermächtigung. Damit sollen im Land Sachsen-Anhalt insbesondere für Langzeitarbeitslose ab 35 Jahren im Rahmen der AGH-Maßnahmen nach § 16 d SGB II 2.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Zusätzlich dazu gebe es eine Sachkostenfinanzierung zu den AGH (Arbeitsgelegenheiten), deren Zeitraum auf drei Jahre verlängert worden ist. Danach gebe es die Möglichkeit eines Übergangsarbeitsmarktes, d. h. zusätzliche Eingliederungszuschüsse und die Betreuung durch das Landesprogramm „Sozialer Arbeitsmarkt“. **Herr Eichelberg fragte, ob es vom Jobcenter bereits Anträge dazu gibt.** Er verwies auf das „Windhundprinzip“. Es würde der Stadt gut tun, da es hier nach wie vor viele Langzeitarbeitslose gebe, die dem ersten Arbeitsmarkt wahrscheinlich nicht mehr zur Verfügung stehen. In dieser Maßnahme sehe er die Chance, den einen oder anderen Arbeitslosen in ein paar Jahren doch noch in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren oder zumindest einen weiteren Abrutsch dieser Personen zu verhindern. Er habe dazu mit der Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration, Petra Grimm-Benne, gesprochen, welche es begrüße, dass die Stadt Dessau-

Roßlau gemeinsam mit dem Jobcenter das eine oder andere für die Stadt aus dem Programm herausholt.

Herr Krause erwiderte, dass er mit dem Jobcenter derzeit über das Programm abstimme, jedoch keine Kenntnis über die Verteilung der 2.000 Plätze habe. Er empfand, dass sich das Programm auf AGH-Maßnahmen beschränkt und nicht auf SV-pflichtige Maßnahmen; man den Arbeitslosen demnach nicht wirklich helfe, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, zumal die AGH hinsichtlich der Tätigkeitsfelder sehr eingeschränkt sind. Die Geschäftsführerin des Jobcenters Dessau-Roßlau, Frau Blaschczok, habe zunächst intern 50 Plätze vorgeschlagen, da das Jobcenter die AGH aus den eigenen Mitteln finanzieren muss; lediglich die Sachkosten kommen vom Land. Die Jobcenter Sachsen-Anhalts selbst haben keine Kenntnis darüber, dass sie vom Bund aufgestockt werden. Er gab an, dass es in der Trägerversammlung eine Diskussion über die Anzahl der AGH gegeben hat. Die von Frau Blaschczok vorgeschlagenen 50 Plätze habe er zunächst abgelehnt, da sich das Land dazu nicht geäußert hat und er diesem erstmal die Vorhand lassen werde. Er erwarte eine größere Anzahl, sehe höhere Bedarfslagen und sei dazu derzeit im Gespräch.

Herr Eichelberg berichtete der Chef der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Kay Senius, unterstütze das Programm selbstverständlich sehr stark und fordere genau das Gegenteil: die AGH schnellstmöglich aufzustocken, sodass die Jobcenter die zusätzlichen Mittel vom Land bekommen können. So solle der Veranstalter/Träger der AGH die Mittel an die Hand bekommen, um beispielsweise Arbeitsmittel zu kaufen und die Teilnehmer auszustatten.

Auch Herr Eichelberg erachte die 50 von 2.000 Plätzen als sehr wenig.

Herr Krause stimmte Herrn Eichelberg zu, Herr Senius engagiere sich schon länger für die Unterstützung des zweiten Arbeitsmarktes. Er könne sich daher nicht erklären, warum der Bedarf in dessen Behörden nicht erkannt wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass die Stadt gute Erfahrungen mit dem Pilotprojekt „Bürgerarbeit“ gemacht habe, jedoch sei die Zeit stets das Problem. Man müsse auch mal drei Jahre Zeit haben. Dem stimmte **Herr Eichelberg** zu. Es seien zunächst zwei Jahre empfohlen worden, nun sei man wieder zu einer Dauer von drei Jahren bereit. Es sei inzwischen bekannt, dass es viele Menschen gibt, denen es schwer fällt, sich im ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, sodass eine längere Laufzeit hilfreich sei. **Der Oberbürgermeister** empfahl ein Gespräch mit Frau Blaschczok über die Anzahl der Plätze, sie solle nicht so zurückhaltend sein. Sobald das Programm startet, sollten Anträge gestellt werden.

Wie angekündigt, nahm **Herr Dr. Melchior** Bezug auf das Protokoll vom 08.03.2017: Er habe bei der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses unter dem TOP 11.7 einen Fehler gemacht. Wie im Protokoll richtig stehe, habe er gesagt, dass seine damaligen Bedenken allesamt ausgeräumt wurden und er der jetzigen Fassung vorbehaltlos zustimmen könne. Diese Aussage zog er zurück, da er etwas übersehen habe. In der Vorlage stünde unter § 1 eine Einschränkung, die das private Legen von Brauchtuumsfeuern ausschließt. Dies sei ein zu weiter Eingriff und zur Gefahrenabwehr seines Erachtens nicht notwendig. Daher ziehe er seine Aussagen und seine Zustimmung zurück. Beschlossen ist beschlossen, wurde daraufhin **allgemein** erwidert. **Herr Dr. Melchior** entgegnete, dass die Vorlage nicht endgültig beschlos-

sen sei und noch durch den Stadtrat gehe. Es sei ihm bewusst, dass sein Rückzug spät komme, jedoch wollte er erklären, dass er die Einschränkungen als zu weit gehend empfindet. **Der Oberbürgermeister** wies daraufhin, dass seine letzte Chance die Abstimmung im Stadtrat sei. **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, erklärte in Ankündigung von Herrn Dr. Melchior Frau Schulz, Abteilungsleiterin Stadtordnungsdienst, gebeten zu haben, für eventuelle Erläuterungen an der heutigen Sitzung teilzunehmen, da der Passus nicht neu sei. **Frau Schulz** wies darauf hin, dass das in der Gefahrenabwehrverordnung Benannte bereits gängige Praxis sei. Der einzige Unterschied bestehe im § 8, das Brauchtumsfeuer zu definieren. Es gebe ein OVG-Urteil über die Definition; zum Brauchtumsfeuer gehöre das Gemeinwesen dazu. Es sei keine großartige Änderung, nur habe man beschlossen, dass die Brauchtumsfeuer anzuzeigen sind, damit die Verwaltung weiß, wo diese stattfinden. Im privaten Bereich gebe es wenig Eingriffe, da Feuerkörbe zeitgemäßer geworden sind. Die Verordnung sei im Grunde eine Anpassung an die Zeit. Und jeder, der viel Holz zu verbrennen habe, könne nach § 10 eine Ausnahme genehmigung bei der Umweltbehörde beantragen. Dabei gebe es in der Regel auch keine Schwierigkeiten.

Herr Schönemann hinterfragte, ob es richtig sei, dass eine Anzeige 26,00 EUR kostet. Dies verneinte **Frau Schulz**, eine Anzeige koste kein Geld.

Während des Tagesordnungspunktes erschienen **Herr Präger, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, um 16:39 Uhr und **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, um 16:41 Uhr zur Sitzung. Als Gast kam Stadtrat Rumpf, CDU-Fraktion, hinzu.

8 Beschlussfassungen

8.1 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG Vorlage: BV/048/2017/IV-ATD

Herr Dr. Melchior erkundigte sich, ob der Haupt- und Personalausschuss über die Annahme von Spenden, Schenkungen und anderen Zuwendungen unter dem in der Hauptsatzung festgesetzten Wert von 1.000 EUR bis 50.000 EUR entscheiden muss, da in der Beschlussvorlage unter TOP 8.2 einige solcher dabei seien. Kleinbeträge seien Geschäft der laufenden Verwaltung, so **der Oberbürgermeister**. **Frau Nußbeck** wendete ein, dass die Kleinbeträge mit in der Vorlage aufgeführt sind, da die Vorlage sonst in mehrere geteilt werden müsste. Es seien nur die 14.000 EUR zu genehmigen.

Da keine weiteren Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht wurden, bat **Herr Oberbürgermeister Kuras** um Abstimmung.

Der Annahme wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.2 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA **Vorlage: BV/082/2017/I-OB**

In der zu beschließenden Vorlage seien überwiegend kleinere Spendenbeträge zu Tierpatenschaften aufgeführt, führte **der Oberbürgermeister** ein.

Da keine Anfragen und/oder weitere Wortmeldungen vorgebracht wurden, bat er um Abstimmung.

Der Annahme wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.3 Revitalisierung Quartier am Leipziger Tor **Vorlage: BV/090/2017/LBF/GR**

Herr Oberbürgermeister Kuras übergab das Wort an Herrn Dr. Melchior für Ausführungen zum Thema und die Beantwortung seiner Frage, wie das Ergebnis der Behandlung im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt war.

Herr Schönemann warf ein, dass es sich um eine Delegation an den Haupt- und Personalausschuss handelt. Die Vorlage sollte zunächst im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus behandelt werden, kam dort jedoch gar nicht erst auf die Tagesordnung.

Herr Dr. Melchior bestätigte dies und führte aus, dass sich die Vorlage um die Unterstützung zur Revitalisierung des sehr problematischen Quartiers am Leipziger Tor durch ein Quartiersmanagement und ein Quartierskonzept, welches entwickelt werden sollte, drehe. Die Vorlage sei ohne vorherige Abstimmung mit der Verwaltung in den Bauausschuss eingebracht worden. Während der dortigen Behandlung haben sich einige Formulierungsprobleme herausgestellt, sodass die Vorlage inhaltlich korrigiert worden ist und in dieser Fassung nun vorliege. Die Korrektur sei einvernehmlich zwischen Verwaltung und Fraktion erfolgt. Im Bauausschuss wurde einstimmig beschlossen, die Vorlage auf verkürztem Wege im Haupt- und Personalausschuss bestätigen zu lassen, um den Stadtratstermin einhalten zu können und keine Zeit zu verlieren.

Herr Schönemann berichtete, dass man sich im Bauausschuss dazu verständigt hat, eine Neufassung miteinander abzustimmen, da einige inhaltliche Aspekte ohne Abstimmung mit dem Fachdezernat stattgefunden haben. Dies sei erfolgt, bestätigte

Herr Dr. Melchior auf Nachfrage. Dass Handlungsbedarf in diesem Quartier besteht, sei unstrittig, so **Herr Schönemann** weiter, jedoch sehe er diesen nicht mit Zeitverlust oder dergleichen. Fachlich betrachtet sei der Begriff „Revitalisierung“ hier stark hinterfragungswürdig, da das Quartier einer grundlegend anderen Herangehensweise bedürfe. Mit der bisherigen Weise und auch mit dem Stadtentwicklungskonzept „Urbane Kerne und wirtschaftliche Zonen“ konnte das Quartier nicht gerettet werden. Die Anwohner hätten es verdient, dass sich das Quartier ändert und wieder angenommen wird, sprach Herr Schönemann. Die Denkmuster der Vergangenheit seien daher für ihn nicht mehr zeitgemäß. Er sehe die Vorlage auch im Kontext der Bemühungen seiner Fraktion hinsichtlich der Stadtentwicklung, auch aus wohnungspolitischer Sicht, und gehe von einer stückweisen Mitarbeit seiner Fraktion hierzu aus.

Diese sei derzeit dabei, eine Fachkonferenz vorzubereiten, was er als unterstützenden Beitrag ansehe.

Die Förderproblematik der Personalausstattung habe es schon gegeben und er zweifle daran, ob es das richtige Mittel sei, prüfen könne man es jedoch. Zuletzt äußerte Herr Schönemann die Bitte, den zuständigen Stadtbezirksbeirat neben den Ausschüssen in Punkt 3 mit einzubeziehen und von der Vorlage ebenfalls in Kenntnis zu setzen. Man könne an der Vorlage vieles diskutieren, jedoch sehe er es als Beginn einer bitter nötigen Veränderung, daher sollte man nicht lange diskutieren und zögern.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass in seine Personalhoheit eingegriffen werde. Aber da es sich um einen Prüfauftrag handelt, sei er damit einverstanden. Zu prüfen sei, inwieweit es einer Ergänzung im Stellenplan bedarf.

Herr Eichelberg forderte ebenfalls die Einbeziehung des Stadtbezirksbeirates. **Der Oberbürgermeister** erwiderte daraufhin, es sei selbstredend, den Punkt 3 dahingehend zu ergänzen. Seine ausdrückliche Unterstützung der Beschlussvorlage erklärend, fuhr **Herr Eichelberg** fort. Das Quartier gehöre teilweise zum Stadtkern. In einer kürzlich vergangenen Sitzung des Stadtbezirksbeirates sei die Friedhofstraße thematisiert worden. Er regte an, dieses Thema erstmal beiseite zu schieben und die Abrisspläne nicht weiter voranzutreiben. Die Stadt könne es sich nicht leisten, den schützenswerten Stadtkern weiter auszudünnen. Stadtrat Hoffmann sei ähnlicher Meinung. Selbstverständlich müsse beachtet werden, dass die DWG eine GmbH ist und dieser keine Probleme bereitet werden dürfen. Jedoch sei die DWG auch in Außenbezirken tätig. Daher solle darüber nachgedacht werden, ob es sinnvoll ist, in der Stadtmitte abzureißen, oder sich künftig gerade auf die Stadtmitte zu konzentrieren und zu prüfen, ob andere Quartiere zum Abriss zur Verfügung stehen, wenn die DWG meint, zwingend abreißen zu müssen. Herr Eichelberg forderte, alles auf den Prüfstand zu stellen, zu diskutieren und gemeinsam mit der DWG und dem Stadtbezirksbeirat einen Weg zu finden.

Herr Bönecke bedauerte, die Abrisspläne der DWG seien nicht nur standortgebunden, sondern auch an die Rahmenbedingungen der Finanzierung. Es seien jeweils Einzelfallprüfungen des Sanierungsaufwandes notwendig.

Er bestätigte die Aussage von Herrn Eichelberg, dass die Stadt ältere und entsprechende Rahmenbedingungen erhalten und geschaffen werden müssen, sein Ziel sei jedoch, dass es der Stadt gelingt, in Zukunft junge Menschen bzw. junge Familien in die Stadt zu ziehen. Im Quartier am Leipziger Tor gebe es erhebliche erschlossene, leerstehende Flächen. Magdeburg gehe in Stadtfeld mit gutem Beispiel voran, wie man mit solchen Flächen umgehen könne. Diese Stadt habe für junge Familien sehr günstige Bauflächen inmitten der Neubauschluchten geschaffen, welche sehr gut angenommen werden. In Dessau bestehe das Problem, dass kaum Bauplätze verfügbar seien, die Nachfrage steige jedoch. Daher müsse man sehr schnell solche Bauplätze zur Verfügung stellen, so Herr Bönecke. Aus den großen Ballungszentren wie Berlin, Leipzig und Magdeburg drängen die Menschen heraus, weil der Wohnraum dort nicht mehr bezahlbar sei. Die Entwicklung sei anders als in den letzten Jahren vorhergesagt, dass sich alles auf die großen Städte konzentriert. Daher solle die Stadt junge Leute anziehen, die über den ÖPNV ihren Arbeitsweg in eben diese Städte bestreiten können, die in circa einer Stunde mit der Bahn erreichbar sind. Darin solle der Ansatz für das Quartier liegen. Nicht nur dort, warf **Herr Schönemann** ein und bestätigte **Herr Bönecke**. **Der Oberbürgermeister** stimmte zu.

Herr Adamek schloss sich seinen Vorrednern an und bat darüber hinaus darum, andere Quartiere nicht aus den Augen zu verlieren. Beispielsweise stünde der Zober-

berg vor einer ähnlichen Situation wie das am Leipziger Tor, auch in Dessau-Süd gebe es mehrere Bereiche, in denen dringend Maßnahmen nötig seien. Daher fordere seine Fraktion eine ganzheitliche Betrachtung. Es sei unstrittig, dass Dessau-Roßlau eine Splitterstadt geworden ist. Dem Stadtzentrum gingen viele Einwohner verloren; gegen den entstandenen Leerstand müsse etwas getan werden und das möglichst unkompliziert.

Der Oberbürgermeister erklärte, der bauplanungsrechtliche Ordnungsbedarf erscheine ihm im Quartier am Leipziger Tor am größten.

Herr Dr. Melchior stellte klar, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen abmildernd wirken sollen. Ihm sei bewusst, dass andere Quartiere ebenso betroffen sind. Es müsse geprüft werden, inwieweit alte Beschlüsse noch aktuell und anwendbar sind. Alte Stadtentwicklungskonzepte seien überarbeitungsbedürftig, wie auch alle Vordredner zu Bedenken gegeben haben. Entstandene Fehlentwicklungen seien zu korrigieren. Die vorliegende Vorlage habe zum Ziel, der jetzigen Entwicklung ein bisschen gegenzusteuern, es mildere nur ab. Abschließend bat er um Zustimmung.

Herr Oberbürgermeister Kuras pflichtete Herrn Dr. Melchior bei und berichtete von einem Vortrag in der OB-Dienstberatung von Frau Dr. Lott zum Projekt „Wildnis wagen!“. Dabei habe sich die Verwaltung u. a. den damaligen Grünzug angeschaut und wie wenig davon umgesetzt wurde. Man könne sagen, dass damalige IBA-Konzept „Urbane Kerne und wirtschaftliche Zonen“ sei gescheitert.

Herr Schönemann gab an, der ambitionierte Anspruch dieses Stadtentwicklungskonzeptes sei zum damaligen Zeitpunkt durchaus legitim gewesen, jedoch habe es nicht genügend Möglichkeiten für eine höhere Aufwertung gegeben, sodass man im Grunde hinter den einigen Ansprüchen zurückgefallen sei. Man habe festgestellt, dass sich das Gewünschte nicht umsetzen lässt und die Bürger es teilweise nicht annehmen. Ziel sei nun, das Stadtentwicklungskonzept zeitgemäß zu novellieren. Es gehe nicht darum, abzumildern. Das Quartier am Leipziger Tor sei neben dem Zoberberg der Brennpunkt schlechthin. Herr Schönemann erklärte weiter, es gebe in der Stadt bereits recht positive Ansätze, Wohnungsraum anders zu entwickeln, damit ein Stadtquartier aufgewertet und wieder angenommen wird, so z. B. in der Luxemburgstraße und in der Gropiusallee. Politik und Verwaltung müssen sich grundlegend verständigen und an einem gemeinsamen Strang ziehen, appellierte er. Die Friedhofstraße sei ein völlig anderes Thema. Man dürfe der DWG keinen „Bärendienst“ erweisen. Man könne die Friedhofstraße nur retten, wenn man wie bei den Y-Häusern einen Investor findet. Bauplätze seien in Dessau ausreichend vorhanden. Im Augenblick werden in Außenstadtquartieren erhebliche Flächen, wo eine individuelle Bauweise möglich ist, erschlossen. Seiner Fraktion komme es darauf an, innenstadtaugliche Prozesse voranzutreiben, die Menschen in die Stadt ziehen. Er bat die Beigeordnete Frau Schlonski zu einer Zusammenkunft zum Ideenaustausch. Er habe den Eindruck, dass alle Fraktionen gewillt sind, mitzuwirken, diese Chance solle man nutzen.

Herr Oberbürgermeister Kuras stimmte Herrn Bönecke zu, junge Leute anlocken zu müssen und dies erscheine machbar, aufgrund der guten Bahnverbindung nach Leipzig, Magdeburg und Berlin. Über das Metropolregionen-Projekt habe er hin und wieder Gelegenheit gehabt, mit jungen Leuten zu sprechen. Diese sind gar nicht an hochwertigen Villen interessiert, sondern seien deutlich niederschwelligere Angebote ausreichend. Auf die Frage, was man tun müsste, um ein attraktiver Wohnstandort zu sein, habe er immer die Antwort erhalten: Freiheitsgrade, sprich Gestaltungsmöglichkeiten. **Herr Schönemann** unterbrach ihn und erklärte, dass eine sozial gut durchmischte Stadt Dessau-Roßlau mit jeder Art von Generation von Nöten sei. Dies

sei unstrittig, doch brauche die Stadt junge Leute so **der Oberbürgermeister** und verwies u. a. auf das hohe Geburtendefizit. Für die ältere Bevölkerung habe die Stadt schon eine Menge getan und werde es auch weiterhin, aber sie müsse dringend etwas tun, um junge Leute hier zu behalten und neue anzulocken.

Anschließend übergab er das Wort an Frau Schlonski als zuständige Beigeordnete.

Frau Schlonski stimmte den meisten zuvor getroffenen Aussagen zu. Derzeit setze sie sich mit den Möglichkeiten für das Quartier am Leipziger Tor auseinander. Auch stimmte sie zu, andere Quartiere nicht außer Acht lassen zu dürfen. Man müsse eins nach dem anderen angehen und nach Möglichkeiten suchen, den eingeschlagenen Weg zu korrigieren, ohne von einer überfordernden Situation in die nächste zu stürzen. Sie erachte es als sehr wichtig, Angebote auf dem Wohnungsmarkt für noch nicht vertretene Segmente zu machen. Eine Überlegung der Verwaltung sei, sich in Süd eine Fläche auszusuchen und als Grundstück anzubieten, um die Bedarfe zu erforschen. Die Bedarfe seien im Moment nicht da, man könne jedoch Angebote machen und versuchen, diese zu wecken. Sie erklärte, man könne bestimmte Entwicklungen anreißen, neue Wege gehen und testen, ob es funktioniert und weitergeführt werden sollte.

Nicht zu vergessen sei die ältere Bevölkerung, für die noch extrem viel zu tun sei. Bei allem dürfe man nicht außer Acht lassen, wie weit die Fördermittel, Finanzen und Personalkapazitäten reichen.

Herr Bönecke widersprach, dass kein Bedarf für Bauland und modernes Wohnen besteht - dieser sei definitiv da. Das bestätigte auch **der Oberbürgermeister**.

Wenn man die Signale in der Stadt mit etwas mehr Sensibilität wahrnehme, so **Herr Bönecke** weiter, stelle man fest, dass bereits Berliner Investorengruppen in den Zoberberg investieren, welche sich in den nächsten 20 – 25 Jahren Renditen versprechen. Ihm gefalle der Grundtenor „wir gucken mal, was geht“ nicht. **Herr Schönemann** erklärte, dass sie dies nicht so meine. Dem widersprach **Frau Schlonski**, ein Stück weit meine sie es so. Auf dem Wohnungsmarkt seien Entwicklungen zu verzeichnen, dass Wohnungen gekauft werden, da es das Einzige von Wert ist, und diese dann leer stehen. Das sei der Stadt keine Hilfe.

Das genannte Beispiel sei nicht nur ein Kauf, sondern eine Investition, stellte **Herr Bönecke** klar. In der Herangehensweise der Stadt sei eine Kehrtwende nötig, für die das entsprechende Personal gebündelt und angehalten werden müsse, damit es gelingt. **Der Oberbürgermeister** fügte hinzu, dass auch er glaube, dass sowohl ein Handlungs- als auch ein Grundstücksbedarf bestehen.

Herr Schönemann warf ein, dass die DWG ihren Ansprüchen nicht im Ansatz gerecht werde und die Diskussion zu weit führe. **Der Oberbürgermeister** appellierte, dass sich der Ausschuss die Zeit nehmen solle, über dieses Thema zu diskutieren, da völlig verschiedene Auffassungen aufeinander prallen.

Die Diskussion beendend stimmte **Herr Dr. Melchior** Herrn Böneckes Auffassung zu und erklärte, sogar so weit gehen zu wollen, daraus eine offensive Marketingstrategie aufzubauen. Im Hinblick auf die Grundstückspreise sei es eine gute Strategie, um Leute anzulocken und neben Kultur und dergleichen auch anständigen Wohnraum in einer Sozialstruktur anzubieten. Und dies geschehe zum Teil bereits: aus der Umgebung ziehen einige Leute nach Dessau, die angeben, es sich woanders nicht leisten zu können und es beispielsweise als Freiberufler egal ist, ob sie in Berlin, Leipzig oder eben Dessau leben.

Die Ausschussmitglieder seien nun sehr weit von der Vorlage seiner Fraktion abgekommen, doch freue er sich, dass sie eine solche Diskussion ausgelöst hat.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm äußerte, dass er es gut finde, wie die Vorlage und die daraus resultierende Diskussion angenommen worden ist, doch sei er besorgt um die Diskussion in der nächsten Stadtratssitzung, da noch sehr viel offen ist.

Es sei erstmal ein Auftrag, stellte **der Oberbürgermeister** klar. **Herr Bönecke** und **Herr Schönemann** erklärten, die Vorlage sei ein Startschuss und solle nun beschlossen werden.

In diesem Sinne stellte **der Oberbürgermeister** die Vorlage zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

Anschließend stellte **der Oberbürgermeister** um 17:24 Uhr Nichtöffentlichkeit her.

13 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Kuras bedankte sich für die konstruktive Sitzung und schloss diese um 18:37 Uhr.

Dessau-Roßlau, 28.04.2017

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Sandra Kahl
Schriftführerin